



18. März 2018

VRB bewertet Projekt „Schulen stark machen“ des Ministeriums für Bildung als nicht zielführend

An jeweils sechs saarländischen Grund- und Gemeinschaftsschulen soll in den kommenden zwei Jahren das Projekt „Schulen stark machen“ durchgeführt werden, das vom Ministerium für Bildung als Unterstützungsangebot für Standorte mit besonderer Belastung gedacht ist. Seit wenigen Tagen ist der Meldeschluss dafür verstrichen. Der Verband Reale Bildung, der Lehrer an Gemeinschafts- und Förderschulen vertritt, bewertet den Projektansatz kritisch.

Dieser geht davon aus, dass die Herausforderungen, vor denen die Schulen stehen, durch Coachingmaßnahmen von externen Kräften am jeweiligen Schulstandort bewältigt werden könnten. Jeder Praktiker weiß aber, dass keine Schule wie die andere ist und keine Stunde wie die andere läuft. Durch sehr differenzierte Klientel entsteht eine Gruppendynamik, die jedes Mal anders ist. Räumliche wie örtliche und personelle Bedingungen bringen Unterschiedlichstes hervor. Daher kann es nach Ansicht des VRB kein Patentrezept geben, das Schulfremde aus der Tasche zaubern. Darüber hinaus kann den Schulen, die ohnehin schon über die hohe Arbeitsbelastung klagen, nicht noch aufgebürdet werden, unter Anleitung der externen Kraft ein eigenes Konzept zur Problembewältigung innerhalb des Projektrahmens zu erarbeiten. Für den VRB ist es somit wenig sinnvoll 700.000€ in solch eine Maßnahme zu investieren.

Lehrer brauchen jetzt vielmehr Unterstützung in handelnder Form und keine Beratung über ihre Tätigkeit, die sie seit Jahren mit viel Engagement ausüben. Natürlich kann sich jeder Lehrer Anregung holen, wie sein Unterricht gestaltet werden kann und das tun Lehrer auch. Aber was hat das für eine Effizienz bei den jetzt auftretenden Problemen? Seit vielen Jahren werden freie Lernformen und die Bildung von Teams in den Lehrerkollegien wie ein Mantra vor sich her getragen. Aber was bringt das in Klassen, in denen einigen Schülern die Sozialkompetenz fehlt, wenn die Zeit zur Absprache mit dem Teamkollegen nicht vorhanden ist oder dieser vielleicht gerade in einer anderen Klasse Vertretung macht?

„Der Ansatz von ‚Schulen stark machen‘ ist für mich unrealistisch, wenn man bedenkt, über was die Schulen im Wesentlichen klagen: Alkoholmissbrauch, Gewaltprobleme, Drogenkriminalität, die Zuweisung verhaltensauffälliger Schüler sowie den damit verbundenen Bürokratie- und Verwaltungsaufwand im Rahmen der Dokumentationspflicht. Wie soll diese Problemlage durch bloße Beratung behoben werden, ohne dass eine nennenswerte Erhöhung der Ressourcen in personeller, räumlicher und sächlicher Hinsicht erfolgen soll?“, kritisiert die saarländische VRB-Vorsitzende Karen Claassen.